

„Die DDR ist am Zuge“

SPIEGEL-Gespräch mit Deutsche-Bank-Chef Alfred Herrhausen über die ostdeutsche Wirtschaftsmisere

SPIEGEL: Herr Herrhausen, hat die Deutsche Bank schon Pläne für Niederlassungen in der DDR?

HERRHAUSEN: Nein. Aber wir haben nachgeschaut, welche Niederlassungen wir früher auf dem Gebiet der heutigen DDR hatten. Es waren 30.

SPIEGEL: Können Sie sich vorstellen, daß es bald Filialen der Deutschen Bank in der DDR gibt?

HERRHAUSEN: Natürlich kann ich mir das vorstellen. Aber letztlich hängt es davon ab, was die DDR selbst wirklich will und was sie tut. Bis heute hat sich ja eigentlich nicht mehr geändert, als daß Menschen frei heraus und hinein können.

SPIEGEL: War es ein Fehler, die Grenzen so plötzlich, vor wirtschaftlichen Reformen, zu öffnen? Ökonomisch ist die DDR darauf nicht vorbereitet.

HERRHAUSEN: Ich will diese Reihenfolge nicht kritisieren. Ich bin froh, daß das passiert ist, was passiert ist. Aber wir müssen jetzt fragen, was ist das politische Ziel? Ich hoffe, das Ziel der DDR-Führung ist es, eine zentrale sozialistische Planwirtschaft in eine liberale, dezentrale Marktwirtschaft zu überführen.

SPIEGEL: Die mit der Öffnung der Grenze entstandenen Probleme müssen kurzfristig gelöst werden. Wie sollen die Besucher aus der DDR mit Devisen versorgt werden?

HERRHAUSEN: Natürlich können wir uns nicht hinsetzen, die Hände in den Schoß legen und warten, bis alle politischen Entscheidungen gefällt worden sind. Aber auch bei den Tagesfragen gilt: Die DDR ist am Zuge. Wir können die aktuellen Probleme nicht dadurch lösen, daß wir seitens der Bundesrepublik die Devisen zur Verfügung stellen. Die DDR hat Währungsreserven so-

wie ansehnliche Deviseneinnahmen. Die muß sie für diese Zwecke einsetzen.

SPIEGEL: Besteht nicht die Gefahr, daß sich pfiffige Zeitgenossen aus der Bundesrepublik oder West-Berlin mit billiger Ostmark eindecken und in der DDR subventionierte Waren aufkaufen?

HERRHAUSEN: Wenn das in großem Umfang geschieht, dann muß die DDR wohl Devisenkontrollen einführen.

SPIEGEL: Könnte die Deutsche Bundesbank nicht helfen, die DDR-Währung in ein vernünftigeres Austauschverhältnis zu bringen und damit den Übergang der DDR-Volkswirtschaft in eine Marktwirtschaft zu erleichtern?

HERRHAUSEN: Wann wird eine Währung vernünftig? Eine Währung wird dann vernünftig, wenn die ihr zugrunde liegende Wirtschaft vernünftig ist. Es kommt darauf an, daß die DDR-Wirtschaft gesundet. Unter den obwaltenden Umständen kann sie das nur, wenn das System geändert wird.

SPIEGEL: Gegenwärtig sucht vor allem die Opposition in der DDR, die sich auf die Regierungsübernahme vorbereitet, nach einem dritten Weg zwischen dem Sozialismus der DDR und dem Kapitalismus der Bundesrepublik. Gibt es diesen Weg?

HERRHAUSEN: Ich halte eine Mischung aus Planwirtschaft und Marktwirtschaft für undenkbar. Aber wir müssen sehr genau unterscheiden zwischen der Eigentumsstruktur und den Entscheidungsstrukturen. Auch staatliche Betriebe können sich durchaus marktwirtschaftlich verhalten. Sie müssen allerdings der Konkurrenz ausgesetzt werden. Sie dürfen nicht, wie jetzt die DDR-Kombinate, als Monopole vor sich hin schlummern.

SPIEGEL: Wie lange dauert ein Umbau von einer Plan- in eine Marktwirtschaft?

HERRHAUSEN: Das dauert sicher länger, als es uns zunächst in der euphorischen Stimmung des Augenblicks als wahrscheinlich erscheint. Aber in fünf bis zehn Jahren müßte das zu machen sein. Wichtig ist, daß neue wirtschaftliche Rahmen und neue politische Strukturen geschaffen werden. Alles das muß beginnen mit freien Wahlen und mit der Erklärung des politischen Ziels.

SPIEGEL: Ist nicht zu befürchten, daß es bei der Umstellung der Wirtschaft zu nachhaltigen sozialen Verwerfungen kommt – zu einer galoppierenden Inflation, zu hoher Arbeitslosigkeit?

HERRHAUSEN: Da muß man sich fragen, was richtiger ist: eine Umwandlung



Herrhausen (r.), SPIEGEL-Redakteure*: „Umbau in fünf bis zehn Jahren“

* Heiko Martens und Wolfgang Kaden in der Münchner Dependence der Deutschen Bank.

sofort und total? Oder eine Umwandlung in Stufen, die ein soziales Abfedern ermöglicht? Das erste hat den großen Vorteil, daß man sich ganz schnell anpassen muß. Die Anpassungsprozesse werden mit einer Dramatik ablaufen, die zu den von Ihnen angesprochenen Konsequenzen führen kann. Da ist vieles dann sozial nicht verträglich. Deshalb würde ich versuchen, es in Stufen zu machen, aber flott von der ersten zur zweiten und von der zweiten zur dritten zu gehen.

SPIEGEL: Die Polen, die in einer ungleich schwierigeren Lage sind als die Ostdeutschen, wollen es im Galopp schaffen, möglichst viel in kurzer Zeit privatisieren, ganz rasch die dreistellige Inflation bremsen.

HERRHAUSEN: Es wird den Polen sehr schwer fallen, das alles so schnell zu erreichen, wie sie es wünschen und planen.

SPIEGEL: Welche Chancen geben Sie der DDR?

HERRHAUSEN: Ich gebe der DDR große Chancen, wenn sie den Umbau in eine freie Marktwirtschaft wirklich will.

SPIEGEL: Wenn erst einmal Investitionen von draußen zugelassen werden, dann wird die DDR sehr schnell von der westdeutschen Wirtschaft verschlungen – das ist die Befürchtung, die in der DDR immer lauter geäußert wird.

HERRHAUSEN: Diese Ansicht ist nur so lange richtig, wie sie von einer Zweistaatlichkeit ausgeht. Wenn Deutschland wiedervereinigt wird, ist diese Ansicht falsch. Kein Mensch in Nordrhein-Westfalen nimmt Anstoß daran, wenn ein württembergischer Unternehmer in Nordrhein-Westfalen tätig wird, im Gegenteil. Notleidende Regionen rufen geradezu dazu auf, daß Investoren in ihnen tätig werden.

SPIEGEL: Die DDR soll erklären, daß sie ihre politische Selbständigkeit aufgibt?

HERRHAUSEN: Ich weiß nicht, was die DDR-Bevölkerung letztlich will. Ich weiß, was ich gerne möchte. Ich möchte gerne, daß die Bundesrepublik und die DDR wiedervereinigt werden. Dann stellt sich für mich die Investitionspolitik von westdeutschen Unternehmern auch aus der Sicht der jetzigen DDR ganz anders dar.

SPIEGEL: Reicht es Ihnen als Unternehmer und Banker nicht, wenn die DDR zuerst assoziiertes und später vielleicht einmal volles Mitglied der EG wird?

HERRHAUSEN: Als Banker und Unternehmer müßte ich damit wohl zufrieden sein. Ich würde als deutscher Staatsbürger bedauern, wenn wir auf Wiedervereinigung ein für allemal verzichten würden.



Wechselstube in Berlin: „Vorübergehend eine Devisenkontrolle“

SPIEGEL: Ob in einem wiedervereinigten Deutschland oder als Teil der EG – ohne Starthilfe wird die DDR ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht meistern können. Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit West-Unternehmen in großer Zahl nach Osten aufbrechen?

HERRHAUSEN: Die erste Bedingung ist ein verlässlicher Rechtsrahmen, der unternehmerische Initiative in der DDR erlaubt. Bis heute sind Joint-ventures, Gemeinschaftsunternehmen, in der DDR verboten, im Gegensatz zu Polen oder der Sowjetunion. Wir brauchen eine Preisreform, eine Reform der Eigentumsverhältnisse und irgendwann eine Währungsreform. Aber in erster Linie brauchen wir eine politische Reform. Dann kann die westdeutsche Wirtschaft entscheiden, welche Möglichkeiten es gibt und wie sie davon Gebrauch machen will. Ich glaube, daß viele Unternehmer daran interessiert sind, in der DDR zu investieren. Nur, sie können es zur Zeit nicht.

SPIEGEL: Sie haben für Polen im September eine Art Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgeschlagen, eine Anstalt für wirtschaftliche Erneuerung, wie Sie das genannt haben. Könnten Sie sich so etwas auch für die DDR vorstellen?

HERRHAUSEN: Ja, das könnte ich mir sehr wohl vorstellen. Eine solche Anstalt, wie ich sie für Polen vorgeschlagen habe, soll die westliche Hilfe, die Polen erwartet und sicher auch bekommt, administrativ zusammenfassen. Sie soll die Hilfe organisieren, strukturieren, kontrollieren und ihren Einsatz steuern, so daß auch die beabsichtigten Wirkungen

dabei herauskommen. Dasselbe könnte in der DDR passieren.

SPIEGEL: Es gibt in Bonn Überlegungen, all das, was es an Förderung für Unternehmer in der Bundesrepublik gibt, jenen anzubieten, die in der DDR Privatinitiative ergreifen wollen.

HERRHAUSEN: Das ist alles sinnvoll zur Finanzierung von privaten Investitionen. Aber sind diese Investitionen möglich? Investitionen setzen voraus, daß Sie Eigentum erwerben können an Produktionsmitteln. Das geht bisher in der DDR eben noch nicht.

SPIEGEL: Wie sollten die öffentlichen Mittel in der DDR eingesetzt werden? Gilt auch da Ihre Bedingung: Erst Marktwirtschaft, und dann wird geholfen?

HERRHAUSEN: Soweit es um den Bereich der sogenannten öffentlichen Güter geht, kann die Bundesrepublik in Vorlage treten. Da sind Hilfsmaßnahmen durchaus denkbar – in der Infrastruktur, im Verkehr, in der Telekommunikation, im Telefonsystem, vielleicht auch im Gesundheitswesen. Es hapert ja an allen Ecken und Kanten. Im übrigen warne ich davor, zu früh zu großzügig unser Geld nach drüben zu tragen.

SPIEGEL: Die Daumenschrauben der wirtschaftlichen Zwänge sollten bleiben, damit das politische System zu den gewünschten Reformen gepreßt wird?

HERRHAUSEN: Warum hat sich das alles so ergeben in der DDR, wie es jetzt ist? Weil die Menschen offenbar ein anderes System wollen. Wenn das so ist, dann sollten wir nichts tun, was diesen Schwung erlahmen läßt. Das wäre doch wohl gegen das Interesse derer, die diese

Entwicklung durch ihr Verhalten erzwungen haben. Das ist eine Daumenschraube, die in der demokratischen Entscheidung der Bürger liegt. Und die möchte ich ganz gern erhalten sehen.

SPIEGEL: Sie haben Ihre Präferenz für ein wiedervereinigtes Deutschland schon deutlich gemacht. Aber ist nicht, wie es Außenminister Genscher anstrebt, ein Aufgehen zweier deutscher Staaten in der Europäischen Gemeinschaft wahrscheinlicher und sinnvoller?

HERRHAUSEN: Ich bin kein Anhänger deterministischer Geschichtsbetrachtung, für mich ist Geschichte das, was wir tun. Polen und Ungarn sind zwei selbständige Staaten, die sich eines Tages an die EG assoziieren können. Die DDR würde im Falle der von mir gewünschten Wiedervereinigung eben kein Staat mehr sein. Die EG würde nicht durch einen weiteren Staat ergänzt. Es würde sich der Gemeinschaft im Fall der Wiedervereinigung kein weiterer Staat anschließen, sondern es würden 16 Millionen zusätzlicher Bürger EG-Bürger werden. Das ist eine ganz andere politische Ausgangslage. Wenn ich die will, dann muß ich auch meine politischen Entscheidungen und meine politischen Konzeptionen daraufhin verändern. Wenn ich Genscher folge, dann gehe ich von der Zweistaatlichkeit aus.

SPIEGEL: Setzt das, was Sie wollen, nicht voraus, daß der Integrationsprozeß der EG zunächst einmal gestoppt wird? Daß man Abschied nimmt vom gemeinsamen Markt 1992?

HERRHAUSEN: Ganz im Gegenteil. Wenn nichts weiter passieren würde, als daß statt 60 Millionen Deutsche 76 Millionen Teil des Binnenmarktes würden, dann müßten wir deswegen den Prozeß nicht abstoppen. Ich bin sogar der Meinung, wir müssen ihn beschleunigen.

SPIEGEL: Warum das?

HERRHAUSEN: Wir müssen ihn deswegen beschleunigen, weil die Angst unserer Nachbarn vor einem zu starken, weil wiedervereinigten Deutschland nur abgebaut werden kann, wenn wir nationale Souveränitäten auf europäische Institutionen übertragen. Nur dann können die europäischen und die westlichen Nachbarn verdauen, was ein wiedervereinigtes, starkes, im Zentrum Europas angesiedeltes Deutschland darstellt. Gerade die Entwicklung im Osten ist, wenn man es aus historischer Perspektive sieht, eine Veranlassung zum Beschleunigen der europäischen Entwicklung.

SPIEGEL: Sie gehören also zu jener Fraktion, die sagt: Die ganzen Anstrengungen, der DDR-Wirtschaft auf die Beine zu helfen, machen nur Sinn, wenn am Ende die Wiedervereinigung steht?

HERRHAUSEN: Ich bin kein Politiker, aber für mich stellt sich hier ein eklatant politisches Problem. Lassen Sie mich

versuchen, das darzustellen: Nehmen wir einmal an, es kommt zu freien Wahlen in der DDR, nehmen wir weiter mal an, es kommt dann irgendwann auch zu einem Referendum in Fragen der Wiedervereinigung, und dieses Referendum ginge zugunsten der Wiedervereinigung aus – dann haben wir im westlichen und im östlichen Kontext ein großes politisches Problem. Die Bundesrepublik ist eingebunden in zahllose internationale Verträge und Verpflichtungen. Wir haben die Nato, die europäischen Verträge, die gemeinsame europäische Akte. Die DDR ist eingebunden in ebenso viele internationale Verpflichtungen und Verträge. Sie ist Teil des Warschauer Paktes und des Comecon.

Wir haben nach wie vor einen Viermächte-Status in Berlin, wir haben fremde Truppen auf deutschem Boden. Wie das alles gestaltet werden soll, wenn die DDR-Bürger ihr Selbstbestimmungsrecht in der von mir angenommenen Weise nutzen, das zu planen ist eigentlich die Aufgabe der Politiker. Ich kann dieses Problem nur definieren, ich kann keine politischen Lösungen geben, weil ich kein Politiker bin. Wenn ich einer wäre, müßte ich mich damit aber beschäftigen. Die Probleme, die damit auftauchen, sind ungeheuerlich.

SPIEGEL: Die neue DDR-Führung tritt an zu einem Rennen gegen die Zeit. Wenn nicht bald wirtschaftliche Erfolge sichtbar sind, laufen den Machthabern die Leute weg, gehen die Protestaktionen weiter. Können Krenz und Modrow dieses Rennen noch gewinnen?

HERRHAUSEN: Hier muß man in der Tat Zweifel haben. Natürlich gehe ich

davon aus, daß wir dieses Rennen gewinnen. Es war höchste Zeit, daß die Grenze geöffnet wurde. Es wäre noch viel besser gewesen, man hätte die Öffnung der Grenze verbunden mit dem Hinweis: Am 1. April nächsten Jahres finden freie Wahlen statt. Wenn die Gewißheit besteht, daß nach freien Wahlen eine Umgestaltung des Systems erfolgt, dann bleiben die Menschen auch drüben. Dann krepeln sie die Ärmel hoch und packen an, um für sich in Freiheit einen Lebensstandard zu schaffen, der dem unseren nahekommt. Ich meine, daß dazu große Chancen bestehen.

SPIEGEL: Herr Herrhausen, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Berlin

Lenin spricht

Im rasch zusammenwachsenden Berlin herrscht Gründerstimmung bei Bewohnern, Planern und Geschäftswelt.

Eine Szene wie aus den vierziger Jahren: Im Lagezentrum des West-Berliner Polizeipräsidiums nimmt ein Mann den pfundschweren Hörer von der Gabel des klobigen Feldtelefons, dreht dreimal an der Kurbel und drückt die Sprechtaaste. „Wie in der Wolfschanze“, graust sich ein Beamter über das schwarze Bakelit-Gerät, das mit schwarzweißer Litze ans Hauptkabel angeklemmt ist.

Am anderen Ende hängt ein Alt-Apparat gleicher Machart im Ost-Berliner



Bürgermeister Momper, Krack: „Wieder der Nabel der Welt“